

# JAHRESBERICHT

2010





Liebe Mitglieder der SBAA  
Liebe Spenderinnen und Spender

Ein intensives Arbeitsjahr liegt hinter der SBAA. Sie hat ihre Organisation weiter entwickelt und in minutiöser Kleinarbeit aufgezeigt, wo durch das Asyl- und Ausländergesetz die Rechte von MigrantInnen und Asylsuchenden missachtet werden.

Die SBAA stellt fest, dass die von ihr und anderen Organisationen aufgezeigten aktuellen Probleme im Asyl- und Ausländerbereich von den Behörden noch viel zu wenig erkannt oder gar bearbeitet werden. Dazu gehört die Behandlung von Härtefallgesuchen von Familien und Einzelpersonen, die schon lange in der Schweiz leben. Einzelne kantonale Behörden haben zwar den Bericht der SBAA über die willkürliche Behandlung von Härtefallgesuchen zur Kenntnis genommen, aber scheinbar eilt es nicht, die offensichtlichen Ungerechtigkeiten zu beheben und das in der Verfassung verankerte Gebot der Gleichbehandlung umzusetzen.

Auch das aktuelle Nothilferegime und die daraus resultierenden Verletzungen von Menschen- und insbesondere Kinderrechten scheinen in der Schweiz keine wirksamen Gegenmassnahmen auszulösen. Die Nothilfe scheint fest in Stein gemeisselt, egal, wie hart sie Familien mit Kindern trifft. Kindern und Jugendlichen wird damit krasses Unrecht getan, auch wenn sich die Schweiz in ihrer Verfassung zum Schutz aller Kinder bekennt.

Viel Arbeit liegt auch weiterhin vor uns, denn mit der Ankunft von Flüchtlingen aus den arabischen Ländern stellen sich erneut brennende Fragen rund um die Asylverfahren. Die Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen schwimmen mit ihren baufälligen, überladenen Schiffen nach Italien. Es sind Tausende, die ankommen und versuchen, in andere Staaten weiterzuziehen. Italien fordert die europäischen Länder auf, Verantwortung zu übernehmen. Das kommt nicht gut an. Es sei Sache von Italien, die Flüchtlinge wieder los zu werden. Die Mitgliedstaaten berufen sich auf Schengen-Dublin, die einschlägigen Abkommen für die Rückübernahme von Flüchtlingen. Doch die EU mahnt zum burden-sharing und zur

Solidarität mit Italien, das mit der hohen Zahl von Flüchtlingen überfordert ist. Man stellt plötzlich fest, dass die Festung Europa nicht funktioniert und auch die milliardenschweren Abwehrmechanismen an den Aussengrenzen der EU nicht sonderlich abschreckend sind. Wenn der Leidensdruck so gross ist, nehmen gerade junge Menschen alles auf sich, um dem Chaos und der Hoffnungslosigkeit zu entfliehen.

Bund und Kantone müssen die Ankommenden nach rechtsstaatlichen Prinzipien behandeln. Die SBAA schaut auch in den nächsten Monaten nicht weg. Mit ihren Fallbeobachtungen und ihrem Lobbying kann sie dazu beitragen, dass sich Politikerinnen und Politiker in den Kantonen und auf nationaler Ebene für eine Schweiz einsetzen, die anerkennt, dass auch unerwünschte Ausgrenzte und abgewiesene Asylsuchende ein Recht auf Menschenwürde haben – denn wohin geht man, wenn man nirgendwo hingehört?

Ich möchte mich bei allen, die sich für die Arbeit der SBAA interessieren und sie unterstützen, herzlich bedanken. Es ist wichtig, engagierte Personen hinter sich zu wissen und schwierige Themen gemeinsam anzugehen.



*Ruth-Gaby Vermot, Präsidentin*



## Aufgaben

Im Herbst 2009 hat die Schweizerische Beobachtungsstelle eine Praktikumsstelle geschaffen, um – ergänzend zur Beobachtungs- und Dokumentationsarbeit der beiden Beobachtungsstellen in der West- und Ostschweiz – in weiteren Gebieten der Schweiz (insb. Bern, Aargau, Solothurn und Innerschweiz) Einzelfälle zu erfassen. Die Dokumentationsarbeit wird jeweils von HochschulabsolventInnen geleistet, die über fundierte Kenntnisse im Asyl- und Ausländerrecht verfügen. Neben der Falldokumentation lag der Schwerpunkt im vergangenen Jahr auf der Synthese von Fällen und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit.

## Falldokumentation

2010 sollte die Falldokumentation ausgebaut werden, um so die Beobachtungstätigkeit in der Deutschschweiz möglichst lückenlos zu gestalten. Insgesamt haben wir im vergangenen Jahr 13 Falldokumentationen erstellen können (7 BE, 2 LU, 2 AG, 1 BS, 1 ZH). Zusammen mit den Dokumentationen aus der Ostschweiz konnten so insgesamt 20 Fälle aus der Deutschschweiz dokumentiert werden. Thematisch lassen sich diese Fälle folgenden Kategorien zuteilen: Häusliche Gewalt, Härtefallregelung, Nothilfe, vorläufige Aufnahme, Dublin II und Rückschaffungen in Erstasylstaaten. Alle Falldokumentationen, inklusive diejenigen der beiden Beobachtungsstellen in Genf und St. Gallen, werden von Vorstandsmitglied Franca Hirt auf eine gemeinsame Datenbank gestellt und definierten Kriterien zugeordnet, damit spezifisch nach Fällen gesucht werden kann.

Dank dem grossem Engagement der drei PraktikantInnen, die im 2010 für die Falldokumentation zuständig waren, konnte auch das Kontaktnetz der SBAA laufend ausgebaut werden. Hierzu zählen verschiedene (Rechts-) Beratungsstellen, Basisorganisationen, AnwältInnen und Privatpersonen, die sich für die Anliegen von Asylsuchenden und MigrantInnen einsetzen.

Aufgrund unseres Berichts über «Gewaltbetroffene Migrantinnen», der im Frühjahr 2011 veröffentlicht wird, haben wir im ver-

gangen Jahr auch speziell den Kontakt zu Frauenhäusern und Opferhilfestellen aufgebaut. Dank intensiven Kontakten mit diesen Stellen konnten bereits mehrere Fälle zum Thema häusliche Gewalt dokumentiert werden, die dem geplanten Bericht als Grundlage dienen.

Im Rahmen der auf Februar 2011 geplanten Nothilfe-Kampagne haben wir im vergangenen Jahr eng mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, Amnesty International Schweiz und Solidarité sans frontières zusammengearbeitet. Gemeinsam wurden die Inhalte der Kampagne festgelegt und deren Ablauf geplant. Die SBAA hat der Kampagne ihre dokumentierten Fälle zum Thema Nothilfe zur Verfügung gestellt.

## **Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit**

Unsere Mitglieder, SpenderInnen und UnterstützerInnen wurden im 2010 mit zwei Newsletter (Juni und November) über unsere Tätigkeiten informiert. Im September 2010 veröffentlichten wir eine Analyse der Ausschaffungsinitiative und des direkten Gegenvorschlages. Als Grundlage dienten die Wortprotokolle der parlamentarischen Beratungen der beiden Vorlagen. Diese Analyse wurde auch im offiziellen Abstimmungsdossier auf der Internetseite des Parlaments aufgeführt. Im November 2010 gelangten wir mit dem Bericht «Familien im Härtefallverfahren» an die Öffentlichkeit. Die Härtefallpraxis wurde dabei anhand von acht Einzelfalldokumentationen untersucht und speziell hinsichtlich der Situation von Familien und Kindern analysiert. Der Bericht stiess auf grosses Interesse und wurde medial breit aufgegriffen.

Die Schweizerische Beobachtungsstelle publizierte im Laufe des Jahres verschiedene Artikel in Fachzeitschriften und kirchlichen Medien. Mit Radiointerviews und Vorträgen stellte sie sich und ihre Arbeit einem breiten Publikum vor. 2010 wurden insgesamt sechs Medienmitteilungen veröffentlicht.

Anlässlich der Generalversammlung vom 20. März 2010 in Bern zeigte die SBAA die beiden Kurzfilme (Einspruch II und IV) von

Rolando Colla und organisierte dazu eine Podiumsdiskussion, an der auch der Regisseur teilnahm. Die Diskussion stand unter dem Motto «Menschenwürde für alle?» und wurde von der ehemaligen Zürcher Stadträtin Monika Stocker moderiert. Auf dem Podium diskutierten neben dem Regisseur Maja Wicki-Vogt (Philosophin und Mitglied des Unterstützungskomitees), Afra Weidmann (ehemaliges Vorstandsmitglied der SBAA und freiwillige Rechtsvertreterin für Asylsuchende) und André Loembe (Vorstandsmitglied der SBAA und Vizepräsident von CRAN).

Am 17. April 2010 organisierten wir zusammen mit Maja Wicki-Vogt in der Berner Heiliggeist Kirche eine Trauermanifestation zum Gedenken an den im März 2010 verstorbenen Nigerianer Joseph Ndukaku Chiakwa. Joseph kam bei einem Ausschaffungsversuch am Zürcher Flughafen ums Leben. Sein Tod warf viele Fragen auf, die bis zum heutigen Tag noch nicht geklärt werden konnten. Ein offener Brief an die zuständige Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wurde von mehreren hundert Personen unterzeichnet.

### **Zusammenarbeit mit ParlamentarierInnen**

Die Lobbyarbeit im Parlament konnte im vergangenen Jahr auch dank unseres Vorstandsmitglieds und Nationalrat Andy Tschümperlin ausgebaut werden. Neben mehreren persönlichen Besuchen während den Sessions informierten wir ParlamentarierInnen aller Parteien mit dem «ParLetter»; einem Schreiben, das jeweils rund zwei Wochen vor Sessionsbeginn per Email verschickt wird und auf aktuelle Fälle und Themen aus dem Asyl- und Ausländerbereich hinweist.

Die Arbeit der Schweizerischen Beobachtungsstelle schlug sich im vergangenen Jahr auch konkret in der parlamentarischen Arbeit nieder. Basierend auf Informationen unserer beiden Berichte Familien im Härtefallverfahren (2010) und Kinderrechte und die Anwendung der Migrationsgesetzgebung (2009) haben verschiedene NationalrätInnen acht politische Vorstösse eingereicht. Inhaltlich forderten diese einerseits eine stärkere Berücksichtigung



Kinder in der Nothilfe © Jacek Pulawski

des Kindeswohls von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden und andererseits Rechtsgleichheit in Härtefallverfahren.

## Mittelbeschaffung

Die Mittelbeschaffung war für die Schweizerische Beobachtungsstelle auch 2010 ein äusserst schwieriges Kapitel. Trotz grossen Bemühungen und verschiedenen Artikeln in Fachzeitschriften und anderen Medien, flossen die Mittel nur spärlich. Besonders schmerzlich war der grosse Spendenrückgang (rund 80%) der Kirchen, mit welchem wir das hohe Defizit erklären. Erfreulicherweise hat sich jedoch die Projektfinanzierung durch Stiftungen bewährt; die Kosten für das Projekt «Gewaltbetroffene Migrantinnen» konnten durch Stiftungsgelder gedeckt werden.

## Vorstand und Geschäftsstelle

Der Vorstand wurde an der Generalversammlung mit der Wahl des Schwyzer SP-Nationalrates Andy Tschümperlin teilerneuert. Im Dezember 2010 zog sich François de Vargas aus dem Vorstand zurück. Wir danken François ganz herzlich für sein grosses Engagement. Als Gründungsmitglied der Schweizerischen Beo-

bachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht hat er deren Arbeit massgeblich mitgeprägt. Er stand der Geschäftsstelle stets mit Rat und Tat zur Seite und hat in ehrenamtlicher Arbeit viele Texte übersetzt. Wir wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute!

2010 wurden sechs Vorstandssitzungen durchgeführt. Anfang Jahr fanden zusätzlich zwei Vorbereitungssitzungen für eine Mediation statt. Die SBAA und die beiden Beobachtungsstellen in der West- und Ostschweiz hatten entschieden, mittels einer Mediation die unbefriedigende Situation zwischen den verschiedenen Stellen zu klären. Jeder der drei Vorstände entsandte zwei Delegierte, die an insgesamt fünf ganztägigen Mediationssitzungen Szenarien für eine konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Beobachtungsstellen entwarfen.

Die Mediation wurde von der ehemaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss und von Claudia Kaufmann, Ombudsfrau der Stadt Zürich, ehrenamtlich geleitet. Ende Jahr konnte die Mediation abgeschlossen werden. Im ersten Halbjahr 2011 wird es darum gehen, die Resultate der Mediation umzusetzen. Erfreulicherweise sind wir auf gutem Wege.

Das 60%-Pensum der Geschäftsleiterin wurde im März 2010 um 10% aufgestockt, da neu auch das Fundraising ihrem Pflichtenheft hinzugefügt wurde.

Ganz herzlicher Dank gebührt den drei PraktikantInnen, die im vergangenen Jahr für jeweils 6 Monate mit der Falldokumentation betraut wurden. Lena Reusser arbeitete von Oktober 2009 bis März 2010 und Melanie Aebli von April bis September 2010 bei der SBAA. Aktuell ist die Praktikumsstelle von Damiano Orelli besetzt, der im Oktober 2010 seine Tätigkeit aufgenommen hat. Lena Reusser stand uns zwischen April und September 2010 zudem zu 20% als juristische Beraterin zur Seite.

Auch sei an dieser Stelle die bemerkenswerte Arbeit unseres Vorstandsmitglieds und Kassierin Franca Hirt erwähnt, die sich mit viel Herzblut für die Beobachtungsstelle einsetzt und unsere Homepage und Datenbank betreut.



Der Vorstand bedankt sich auch bei all jenen, die sich im vergangenen Jahr sowohl ideell als auch finanziell für die Anliegen der SBAA eingesetzt haben. Im Speziellen gilt unser Dank unseren treuen Mitgliedern, unseren SpenderInnen, UnterstützerInnen, den Mitgliedern unseres Unterstützungskomitees, den Kirchen und Stiftungen.

Namentlich genannt seien an dieser Stelle:

- > Avina Stiftung
- > Berti Wicke-Stiftung
- > Carl und Elise Elsener-Gut Stiftung
- > Fédération ecclésiastique cath. romaine du canton de Vaud
- > Johann Paul Stiftung
- > OeME-Kommission der ev.-ref. Gesamtkirchgemeinde Bern
- > Otto Erich Heynau-Stiftung
- > Röm.-kath. Landeskirche des Kantons Basel-Landschaft

*Claudia Dubacher, Geschäftsleiterin SBAA*

## **Vorstandsmitglieder:**

### *Präsidentin*

Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Bern

André Loembe, Düringen (FR)

Rodrigo Montaluisa Vivas, Genève

Andy Tschümperlin, Rickenbach (SZ)

### *Vize-Präsidentin*

Boël Sambuc, Vessy (GE)

### *Revisoren*

Heinz Gabathuler, Zürich

Markus Imboden, Imboden und

Partner Treuhand AG, Zürich

### *Weitere Vorstandsmitglieder*

François de Vargas, Lausanne

Hilmi Gashi, Bern

Franca Hirt, Boswil (AG)

## HÄRTEFALLREGELUNG UND KINDERRECHTE

«Jemal», «Samira» und ihre drei Kinder sahen sich im 2002 gezwungen, aus ihrer algerischen Heimat zu fliehen. Sie kamen in die Schweiz und stellten ein Asylgesuch, das wenige Wochen später negativ entschieden wurde. Die daraufhin ergriffene Beschwerde blieb während mehr als fünf Jahren unbeantwortet.

In dieser Zeit wurde eine weitere Tochter geboren und die Schweiz für die Familie immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Entsprechend hart waren für sie im 2007 der letztinstanzlich negative Entscheid ihres Asylgesuchs und die daraufhin verfügte Wegweisung. Da für «Jemal» und seine Familie eine Rückkehr nach Algerien ausgeschlossen war, stellten sie im 2008 ein Härtefallgesuch (Art. 14 Abs. 2 AsylG). Obwohl die Härtefallkommission dem Gesuch zugestimmt hatte, sprach sich das zuständige Migrationsamt des Kantons Luzern gegen das Vorliegen eines persönlichen Härtefalls aus.

### Integration? Ja, aber...

Als Begründung für den ablehnenden Entscheid wurde die mangelnde sprachliche und berufliche Integration von «Jemal» und «Samira» aufgeführt. Die Situation der vier Kinder, von denen drei in der Zwischenzeit die Schule besuchten, alle akzentfrei Schweizerdeutsch sprachen und hier ihre Freunde und Vereine hatten, wurde bei der Beurteilung nicht berücksichtigt. Auch wurde ausser Acht gelassen, dass die älteste Tochter erfolgreich ein Praktikum in einer Kinderkrippe absolviert und beste Aussichten auf eine Lehrstelle hatte.

Da in der Schweiz für abgewiesene Asylsuchende keine Beschwerdemöglichkeit gegen negative Härtefallentscheide besteht, versuchte «Jemal» in einem zweiten Gesuch die Behörden umzustimmen, indem er seine Integrationsbemühungen (inkl. Sprachtest und Referenzschreiben aus der Bevölkerung) und die seiner Familie nochmals detailliert darlegte. Die Behörden blieben jedoch bei ihrer ablehnenden Entscheidung.

## Breite Unterstützung in der Bevölkerung

Auf Intervention der katholischen Kirche wurde eine Petition lanciert, die den weiteren Verbleib der gut integrierten Familie in der Schweiz forderte. Innert kurzer Zeit konnten mehrere hundert Unterschriften gesammelt werden, die die Vorsteherin des kantonalen Sicherheitsdepartements veranlassten, das Härtefallgesuch direkt dem Bundesamt für Migration (BFM) zur Zustimmung zu unterbreiten. Doch auch das BFM lehnte das Härtefallgesuch mit Hinweis auf die mangelnde Integration der Familie ab. Letztinstanzlich wird das Bundesverwaltungsgericht über den weiteren Verbleib der Familie in der Schweiz entscheiden; eine entsprechende Beschwerde ist noch hängig.

## Härtefall-Lotterie

Die Härtefallbewilligung wie sie im Asyl- und Ausländergesetz vorgesehen ist, hat zum Ziel, den Aufenthalt von illegal anwesenden oder vorläufig aufgenommenen Personen zu regularisieren, vorausgesetzt, sie erfüllen gewisse Kriterien. Die stossend ungleiche und zum Teil willkürliche Praxis der Kantone lässt sich jedoch kaum mit dem eigentlichen Sinn dieser Regularisierungsmöglichkeit vereinbaren und verstösst gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. Die Schweizerische Beobachtungsstelle fordert daher eine faire und einheitliche Anwendung der Härtefallregelung, die von der jeweiligen politischen Ausrichtung einer Kantonsverwaltung unabhängig ist und den Kinderrechten und anderen menschenrechtlichen Garantien genügend Rechnung trägt.

(Dieser Fall wurde durch die SBAA dokumentiert)

Auf unserer Homepage [www.beobachtungsstelle.ch](http://www.beobachtungsstelle.ch) finden Sie weiterführende Informationen zum Thema.

BILANZ

AKTIVEN	2010	2009
<b>Umlaufvermögen</b>		
Postcheck	72'964.93	89'527.66
Kasse	250.35	340.85
Guthaben Verrechnungssteuer	82.90	82.90
Debitoren	0.00	8'000.00
<i>Total Umlaufvermögen</i>	<i>73'298.18</i>	<i>97'951.41</i>
<b>Anlagevermögen</b>		
Mobilier Einrichtungen und Installationen	1'975.20	1'262.80
<i>Total Anlagevermögen</i>	<i>1'975.20</i>	<i>1'262.80</i>
<b>TOTAL AKTIVEN</b>	<b>75'273.38</b>	<b>99'214.21</b>
<b>PASSIVEN</b>		
Verbindlichkeiten / Kreditoren	14'551.25	12'185.40
Rückstellung Projektbeiträge	0.00	9'000.00
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	14'806.20	3'192.00
<i>Total Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<i>29'357.45</i>	<i>24'377.40</i>
Rückstellung Sekretariat	10'000.00	20'000.00
Rückstellungen Steuern	0.00	600.00
<i>Total Langfristiges Fremdkapital</i>	<i>10'000.00</i>	<i>20'600.00</i>
<b>Eigenkapital</b>		
Vereinsvermögen per 1. Januar	54'236.81	58'857.33
<b>Gewinn / Verlust (-)</b>	<b>- 18'320.88</b>	<b>- 4'620.52</b>
<i>Eigenkapital per 31. Dezember</i>	<i>35'915.93</i>	<i>54'236.81</i>
<b>TOTAL PASSIVEN</b>	<b>75'273.38</b>	<b>99'214.21</b>

# ERFOLGSRECHNUNG

<b>AUFWAND</b>	2010	2009
Löhne (Geschäftsstelle / Praktikanten)	81'188.00	55'043.40
Sozialleistungen	8'085.55	7'658.85
<i>Total Personalaufwand</i>	<i>89'273.55</i>	<i>62'702.25</i>
Büromiete	6'738.40	6'113.70
Büroapparaturen / Mobiliar	454.80	442.20
Administrationsaufwand	7'120.18	10'546.32
Aufwendungen Dritte (Übersetzungen/Buchhaltung)	13'243.45	14'612.90
Weiterbildung	197.00	1'803.50
Website mit Datenbank	2'327.60	3'490.30
Öffentlichkeitsarbeit / Werbematerial	7'356.10	7'422.10
Beiträge an regionale Beobachtungsstellen	0.00	30'000.00
Vereinsaufwand	1'947.00	7'737.55
Steuern Kanton / Gemeinde 2007 / 2008 / 2009	1'382.80	0.00
Rückstellungen Sekretariat Fr. 10'000.00 Steuern 0.00	0.00	300.00
Abschreibungen	846.50	541.20
<i>Total übriger Betriebsaufwand</i>	<i>41'613.83</i>	<i>83'009.77</i>
<b>TOTAL AUFWAND</b>	<b>130'887.38</b>	<b>145'712.02</b>
<b>ERTRAG</b>		
Mitgliederbeiträge	34'645.00	30'220.00
Mitgliederbeiträge Organisationen	4'800.00	6'700.00
Spenden	26'628.00	22'787.00
Beiträge Organisationen / Stiftungen	19'000.00	53'870.00
Beiträge kirchliche Organisationen	6'645.00	21'255.90
Diverse Einnahmen / Kollekten Veranstaltungen	1'158.80	833.30
Spenden Vorstand	593.00	5'298.00
Aufl. Rückstellungen Sekretariat 10'000, Projekt 9'000.00	19'000.00	0.00
Zinsen	96.70	127.30
<b>TOTAL ERTRAG</b>	<b>112'566.50</b>	<b>141'091.50</b>
<b>Gewinn / Verlust (-)</b>	<b>-18'320.88</b>	<b>- 4'620.52</b>

### **Blick auf das Jahr 2011**

Inhaltlicher Schwerpunkt im 2011 bilden die Themen Nothilfe und häusliche Gewalt. Im Februar wird nach längerer Vorbereitungszeit mit drei weiteren Organisationen die Kampagne zur Nothilfe lanciert. Sie trägt den Titel «Nothilfe-Regime: Eine Sackgasse für alle» und hat zum Ziel, auf Missstände in der Nothilfe aufmerksam zu machen und zum grundsätzlichen Überdenken dieses unwürdigen und schikanösen Systems anzuregen. Gleichzeitig werden wir auf nationaler und kantonaler Ebene mit PolitikerInnen und AmtsvorsteherInnen das Gespräch suchen, um gemeinsam Lösungen aus dieser Sackgasse zu entwickeln.

Die Kampagne läuft bis Ende Juni dieses Jahres und erreicht ihren Höhepunkt am internationalen Flüchtlingstag vom 18./19. Juni 2011.

Anfangs Juni und mit Blick auf die Sommersession der eidgenössischen Räte wird unser neuer Fachbericht veröffentlicht, der die Situation von gewaltbetroffenen Migrantinnen in der Schweiz näher untersucht. Dieser Bericht ist ein wichtiger Bestandteil des Projekts «gewaltbetroffene Migrantinnen» und Ausgangslage für vermehrte Sensibilisierungsarbeit in diesem Bereich.

Inhaltlich will sich die Schweizerische Beobachtungsstelle im zweiten Halbjahr neben asylrechtlichen Themen vermehrt auch mit Fragestellungen aus dem Ausländerrecht auseinandersetzen.

### **Zusammenarbeit mit den Stellen in der West- und Ostschweiz**

Anfang 2011 haben die Vorstände der drei Beobachtungsstellen beschlossen, ihre Zusammenarbeit besser zu koordinieren und durch eine gemeinsame Finanz- und inhaltliche Planung transparenter zu gestalten, um so Missverständnissen und Konflikten vorzubeugen. Ende Mai 2011 findet eine Retraite mit VertreterInnen aller drei Stellen statt, um die stellenübergreifende Zusammenarbeit, eine gemeinsame Kommunikations- und Fundraisingstrategie sowie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte zu definieren.

## Mittelbeschaffung

Unsere defizitäre Jahresrechnung zeigt, dass sich auch im 2011 für die Beobachtungsstelle eine schwierige finanzielle Situation abzeichnet. Durch gezielte Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und anderen Medien sollen vermehrt Mitglieder und SpenderInnen gewonnen werden. Auch werden im kommenden Jahr wiederum Stiftungen für konkrete Projekte der Beobachtungsstelle angegangen.

## Mit Wissen gegen Ungerechtigkeit

Die Annahme der Ausschaffungsinitiative hat uns gezeigt, dass selbst Vorlagen, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstossen und die Menschenrechte missachten, mehrheitsfähig sind.

Die Gründe hierfür sind vielfältig; gewiss ist damit auch ein gewisses Desinteresse gegenüber asyl- und ausländerrechtlichen Themen verbunden. Die Schweizerische Beobachtungsstelle will daher auch im kommenden Jahr das Interesse an der Thematik aufrechterhalten und mit spezifischer Informationsarbeit fremdenfeindlichen Tendenzen Gegensteuer geben.

Die Dokumentation von konkreten Fällen hat zudem zum Ziel, in Erinnerung zu rufen, dass hinter den Begriffen «Asylsuchender» und «Ausländer» Menschen stehen, die ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und faire Verfahren haben.

## Mitglieder des Unterstützungskomitees

Präsident: François Couchepin, ehemaliger Bundeskanzler, Martigny  
Rolf Bloch, Bern  
Martine Brunschwigg Graf, Genf  
Cécile Bühlmann, Luzern  
Thomas Burgener, Visp  
Achille Casanova, Bern  
Dominique de Werra, Lausanne  
Ruth Dreifuss, Genf  
J.-J. Indermühle, Villars-Burquin  
Raymond Junod, Lausanne  
Balthasar Glättli, Zürich  
François Gross, Fribourg  
Vreni Hubmann, Zürich  
Walter Kälin, Bern  
Daniel Kaeser, Epesses  
Françoise Kopf, Solothurn  
Georg Kreis, Basel  
Anni Lanz, Basel  
Philippe Lévy, Bern  
Jean Martin, Echandens  
Dick Marty, Lugano  
Liliane Maury-Pasquier, Genf  
Marco Mona, Zürich  
Giusep Nay, Valbella  
Jacques Neiryck, Lausanne  
Luc Recordon, Lausanne  
Antoine Reymond, Lausanne  
Mgr Joseph Roudit, Saint-Maurice  
Claude Ruey, Nyon  
Barbara Schmid-Federer, Männedorf  
Martin Schubarth, Lausanne  
Chiara Simoneschi-Cortesi, Comano  
Pierre Yves Simonin, Aubonne  
Maja Wicki-Vogt, Zürich



observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers  
schweizerische beobachtungsstelle für asyl- und ausländerrecht  
osservatorio svizzero sul diritto d'asilo e degli stranieri

## **Kontakte:**

### **Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht**

Claudia Dubacher  
Maulbeerstrasse 14, 3011 Bern  
Tel: 031 381 45 40  
info@beobachtungsstelle.ch  
sekretariat@beobachtungsstelle.ch (Mitgliederwesen/Kassierin)  
www.beobachtungsstelle.ch

Spenden: PC-Konto: 60-262690-6

Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, 3011 Bern

### **Beobachtungsstelle Ostschweiz für Asyl- und Ausländerrecht**

Marina Widmer  
Florastrasse 6, 9000 St. Gallen  
Tel: 071 222 90 66  
rds@beobachtungsstelle.ch  
www.beobachtungsstelle-rds.ch

### **Observatoire romand du droit d'asile et des étrangers**

Aldo Brina  
Case postale 270, 1211 Genève 8  
Tél: 022 310 57 30  
info@odae-romand.ch  
www.odae-romand.ch